

Energiewende: Steuern und Abgaben auf Strom für mittelständische Industrieunternehmen seit 2009 um 70 Prozent gestiegen

Dies stellt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) fest. Mittelständische Industrieunternehmen haben einerseits relativ hohe Stromkosten, andererseits zählen die meisten nicht als energieintensiv und müssen deshalb die vollen Energiewende-Umlagen zahlen. Allein die EEG-Umlage verursacht für Mittelständler schnell zusätzliche Kosten in Millionenhöhe. Dies ist besonders problematisch für exportstarke Unternehmen. Denn ihre internationalen Wettbewerber zahlen weder EEG-Umlage noch die Kosten für den Netzausbau noch hohe Energiesteuern und können deswegen erheblich günstiger produzieren.

Auftraggeber der Studie des IW Köln ist das „Bündnis faire Energiewende“: sieben mittelständisch geprägte Industriebranchen. Sie fordern einen Systemwechsel für die Finanzierung der Energiewende: Sie soll als gesamtgesellschaftliche Aufgabe künftig aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Im Gegenzug würden alle Energiewende-Umlagen wegfallen. Die Vorteile liegen in einer gerechteren Verteilung der Kosten: Sie werden künftig leistungsgerecht aus Steuereinnahmen finanziert. Dadurch könnten die Produktionskosten gesenkt und Investitionen wieder attraktiv werden. Außerdem werden Geringverdiener dadurch entlastet.

Die Studie zeigt folgende besondere Belastung mittelständisch geprägter Wirtschaftszweige:

- Für Unternehmen in mittelständisch geprägten Branchen ist die Differenz zwischen den reinen Energiebeschaffungskosten und den tatsächlichen Gesamtausgaben für Energie relativ stärker ausgeprägt als im verarbeitenden Gewerbe insgesamt.
- Unternehmen, die nicht unter die Kriterien für energieintensive Unternehmen fallen, zahlen in der Regel die volle EEG-Umlage. Diese Unternehmen sind nicht nur mit einer besonders hohen, sondern dazu noch steigenden Abgabenbelastung konfrontiert.
- Am deutlichsten sind die Unternehmen mit hohem Stromverbrauchsanteil betroffen, die voll umlagepflichtig sind und deshalb den starken Anstieg der EEG-Kosten in vollem Umfang zu tragen haben.

Die Verbände im „Bündnis faire Energiewende“ vertreten branchenübergreifend etwa 10.000 deutsche Unternehmen mit ca. 1 Million Mitarbeitenden und etwa 200 Milliarden Euro Jahresumsatz: Bundesverband der Deutschen Gießerei- Industrie BDG, www.bdguss.de, Bundesverband Keramische Industrie e.V., www.keramverbaende.de, FDBR e.V. – Fachverband Anlagenbau, www.fdbbr.de, Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie e.V., www.textil-mode.de, Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e.V., www.gkv.de, WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V., www.wsm-net.de, wdk Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie e.V., www.wdk.de

Bad Homburg, 04. Oktober 2016

Energiewende: Steuern und Abgaben auf Strom für mittelständische Industrieunternehmen seit 2009 um 70 Prozent gestiegen

Die Studie und das Positionspapier stehen hier zum Download bereit:

[Studie des IW-Köln zur Energiekostenbelastung mittelständisch geprägter Branchen](#)

[Positionspapier Bündnis faire Energiewende - Die Energiewende bezahlbar machen!](#)